

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda befähigter bestimmt Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Preis für den Abnehmer: 44 und 45. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 30 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort: Bischofswerda.

Nr. 190

Sonnabend, den 15. August 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

* Der französische Besuch in Berlin ist nunmehr endgültig auf die Zeit nach der Völkervereinigung verschoben worden. Als Grund wird der angegriffene Gesundheitszustand Briands angegeben.

Nach Meldungen aus Berlin sollen die Börsen am 20. August wieder eröffnet werden.

Das internationale Stillhaltensforium hat sich über die Bedingungen zur Verlängerung der kurzfristigen Kredite an Deutschland geeinigt und die Verhandlungen mit den deutschen Bankdelegierten sofort aufgenommen.

Reichsverkehrsminister von Coudard hatte eine Besprechung mit Vertretern der deutschen Länder über den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen und über den Beförderungsvertrag.

* Der Fern-D-Zug Basel—Berlin ist in der Nähe von Erfurt von einem unbekanntem Täter beschossen worden. Im ersten Personenwagen sind zwei Kugelschläge.

Das Frachtflugzeug der Strecke Berlin—London mußte Freitag abend in Lankwih-Süd wegen einer Motorstörung landen, wobei eine Wohnlaube zerstört wurde. Eine Frau in der Wohnlaube wurde schwer verletzt, die Insassen des Flugzeuges blieben heil.

Kurzweiliges an anderer Stelle.

Neue Einsparung — und was noch?

D. I. Berlin, 15. August. (Eign. Dienst.) Die schmerzliche Erkenntnis, daß das Gleichgewicht in den öffentlichen Haushalten nur durch weitere Sparmaßnahmen erreicht werden kann, ist nicht nur durch die Reden des Reichstanzlers in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet worden. Dieser Tage hat der deutsche Städtetag ein Rotprogramm aufgestellt, um die Haushalte der Gemeinden den gewaltigen Anforderungen anzupassen, die durch die Aufwendungen für soziale Zwecke gestellt werden. Der ungedeckte Fehlbetrag der deutschen Gemeinden beläuft sich nämlich auf etwa 800 Millionen Mark. Daß in den Haushalten der Gemeinden noch Einsparungsmöglichkeiten vorhanden sind, bedarf keiner Erörterung. Allerdings schleppen die Gemeinden sich heute mit erheblichen Jnslasten umher, mit denen die Bewilligungsfähigkeit der Stadtparlamente in den Zeiten der Scheintonjunktur die Steuerzahler belastet hat. Manche Kommune wird sich jetzt ernsthaft die Frage vorlegen, ob es notwendig war in den vergangenen Jahren Sportplätze, Planetarien und ähnliche Einrichtungen in so verschwenderischem Ausmaß zu schaffen, ganz abgesehen von den vielfach unproduktiv arbeitenden Wirtschaftsbetrieben der öffentlichen Hand. Die Not der Zeit wird hier schmerzliche Korrekturen vornehmen, und es wäre zu begrüßen, wenn sie endlich den Weg zur Besserung wiese.

Die dringende Aufgabe für den kommenden Winter bleibt aber die Ernährung und Versorgung der Millionenarmee der Arbeitslosen. Auch der Kanzler scheint der Meinung zu sein, daß wir den Tiefpunkt des Wirtschaftslebens noch nicht erreicht haben. Die Anzeichen, die uns die Statistik des Instituts für Konjunkturforschung geben, deuten auf denselben Tatbestand hin. Die Voraussetzung für eine wirkliche Besserung der Konjunktur ist noch nirgends recht erkennbar. Es bleibt also nichts weiter übrig, als daß wir uns zunächst auf diesen Schrumpfungspfad einzurichten suchen. Für diejenigen Volksgenossen, die dem bitteren Schicksal der Arbeitslosigkeit verfallen sind, ist dies allerdings besonders hart, zumal die Sparten der Reichsregierung darauf hinausgeht, nach Möglichkeit auch die Kosten der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu senken. So nähern man auch solche Feststellungen trifft, so wenig darf man sich die großen Gefahren dieses Zustandes verschweigen. Was dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit heute zugemutet wird, ist eine ungeheure Last, die deshalb so schwer zu tragen ist, weil in den weitesten Bevölkerungsschichten die tiefste Hoffnungslosigkeit herrscht. Der Arbeiter, der schon seit Jahren aus seinem Erwerb herausgeworfen ist und die Arbeitsstationen der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Wohlfahrtspflege durchmachen muß, der Angestellte, der seinen Arbeitsplatz verloren hat und keine Hoffnung hegen darf, jemals wieder in den Produktionsprozess eingegliedert zu werden, der Angehörige eines freien Berufes, dem der wirtschaftliche Boden immer mehr unter den Füßen weggezogen wird, sie alle bilden nach einem Hoffnungsstrahl aus, der ihnen wenigstens die Umkehr aus der Zeit des Elends und der erzwungenen Unfähigkeit anbeuten soll.

Der Franzosenbesuch erst nach der Genfer Tagung.

Der „kranke“ Briand.

Paris, 14. Aug. Ministerpräsident Laval hat das folgende mit dem deutschen Botschafter v. Hoersch vereinbarte Kommuniqué der Presse übergeben:

„Man weiß, daß Ministerpräsident Laval gestern den Besuch des deutschen Botschafters v. Hoersch empfangen hat, der ihn sowohl als auch Außenminister Briand im Auftrag der deutschen Regierung offiziell eingeladen hatte, nach Berlin zu kommen. Das für die Reise vorgeschlagene Datum war der 26. und 27. August. Ministerpräsident Laval, der Herrn v. Hoersch für die Einladung dankte und sie annahm, hat ihm gesagt, daß er, soweit es das Datum angeht, keine endgültige Entscheidung treffen könne, weil Außenminister Briand gegenwärtig nicht in Paris sei.“

Der Ministerpräsident hat heute nachmittag von neuem Herrn v. Hoersch empfangen. Er hat ihm mitgeteilt, daß die Ärzte Prof. Vaquez und Dr. Marz, die beauftragt worden waren, sich über den Gesundheitszustand des Außenministers Briand auszusprechen, zwar mit der lebhaftesten Befriedigung Fortschritte festgestellt hätten, die jeder Tag zur vollständigen Wiederherstellung des Außenministers bringe. Sie haben jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm nicht vor seiner Abreise nach Genf eine Unterbrechung in der Ruhekur auf dem Lande gestatten könnten, die ihm für einen Monat verordnet sei, und deren Nutzen nach einer so kurzen Zeit durch die Anstrengungen einer offiziellen Reise nach Berlin aufgehoben werden könnten.

Unter diesen Umständen sind Ministerpräsident Laval und Botschafter v. Hoersch in der Erwägung, daß die Teilnahme des Außenministers Briand bei diesem Besuch unerlässlich sei, sich darüber einig, daß die Reise der französischen Minister nach Berlin auf ein Datum verschoben wird, das so nahe wie möglich nach dem Ende der Völkervereinigung liegt.“

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Gesundheitszustand Briands nicht so gefährdet ist, daß er die Reise nach Berlin nicht antreten könnte. So gut er am 1. September zu der viel aufregenderen Tagung nach Genf reisen kann, könnte er auch einige Tage zuvor die Spazierfahrt nach Berlin unternehmen. Würden Laval und Briand den Augusttermin für vorteilhafter gehalten haben, so würden sie den Besuch nicht aufgeschoben haben. Offensichtlich ist den Franzosen die Lage noch nicht geklärt genug, man begrüßt es, daß auf der Genfer Ratstagung zunächst die

Möglichkeit eines neuen Abwägens der Kräfte nach den Wirren der letzten Wochen gegeben ist. Vermutlich haben die Sondierungen in Berlin ergeben, daß keine Aussicht auf „ausreichende“ Zugeständnisse Deutschlands besteht, wie sie die französischen Politiker bei diesem Besuch offenbar erhofft haben. Nun soll Deutschland erst weiter getrieben werden, um endlich müde zu werden. Dazu wird die Genfer Völkervereinigung zweifellos nach Kräften ausgenutzt werden.

Selbst in Paris glaubt man nicht an die Krankheit Briands. Noch vor Bekanntwerden des Kommuniqués gab das Journal des Debats der Vermutung Ausdruck, daß die Krankheit Briands in diesem Falle vermutlich als „diplomatisch“ bezeichnet werden könne. Der Außenminister sei mit einer Beschleunigung der Reise unzufrieden gewesen, da ihm daran liege, sein während der letzten Verhandlungen gesunkenes Prestige vor dem Berliner Besuch in Genf wieder aufzurichten.

Ein Telefongespräch Lavals mit dem Reichskanzler.

Paris, 14. Aug. Ministerpräsident Laval hat sich heute abend telefonisch mit Reichskanzler Dr. Brüning in Verbindung gesetzt. Er hat ihm nochmals sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, wie zuvor dem deutschen Botschafter v. Hoersch, sich wegen des Gesundheitszustandes des Außenministers Briand nicht zum ursprünglich vorgesehenen Datum nach Berlin begeben zu können. Er hat hinzugefügt, daß er nach wie vor den sehr wünschlichen Wunsch habe, die in Paris im vorigen Monat eingeleiteten Besprechungen so bald wie möglich wieder aufzunehmen.

Wie Frankreich mit den deutschen Tributen arbeitet.

Die Erkenntnis, daß die Weltwirtschaftskrise auch auf die bisherige „glückliche Insel“ Frankreich überzugreifen droht, hat die französische Regierung dazu veranlaßt, der Industrie große Staatsaufträge zu überweisen. Vor allem hat die Eisenindustrie sowie die Automobilindustrie bedeutende Aufträge in Kriegsvorräten (!) erhalten, außerdem sind umfangreiche Grenzbefestigungsarbeiten in Auftrag gegeben worden. Ferner werden Arbeiterkolonien und billige Zinshäuser errichtet. Aus dem Erlös der neuen Kolonialanleihe sollen in den Kolonien große Hafenarbeiten, Eisenbahnbauten und Wasserleitungen finanziert werden.

bisher hat sich stets das gleiche Schauspiel wiederholt, daß man nämlich wartete, bis der finanzielle Zusammenbruch da war und dann schematische Abstriche an den Leistungen vornahm mit dem Hinweis darauf, man könne in schwersten Krisenzeiten keine grundlegenden Reformen vornehmen.

Das gleiche gilt von der staatspolitischen Reform, die wir haben müssen, wenn Deutschland wieder zu voller Leistungsfähigkeit gelangen soll. Die Fehler unseres staatlichen Aufbaus, die Ueberorganisation unseres Behördenapparates und die dadurch hervorgerufene Unfähigkeit zur Leistung werden seit Jahren empfunden. Deshalb das Drängen nach der Reichsreform, deshalb die Mahnungen verantwortungsbewußter Kreise, man solle diese Dinge nicht zu lange ansetzen lassen und handeln, so lange es Zeit ist. Das Kabinett Brüning hätte sich manchen Mißerfolg beispielsweise bei der D'Almeida ersparen können, wenn es sich nicht aus Furcht vor Auseinandersetzungen mit unzulänglichen Kompromisslösungen begnügt hätte. Wir stehen jetzt wahrscheinlich bald vor der unbedingten Notwendigkeit, die Frage der Reichsreform ernsthaft in Angriff zu nehmen. Eine große Gefahr liegt nun darin, daß wiederum auch hier nur ein dürftiges Kompromiß zustande kommt, durch das bestenfalls einige Schönheitsfehler beseitigt werden, bei dem aber der Kern der Schwierigkeiten unberührt bleibt. Gerade weil jetzt politische Gegenwartsfragen schwerster Art zu einer Lösung drängen, wäre es verfehlt, sich wieder nur mit Hebeln, also zum Beispiel mit einer Verwaltungsgemeinschaft oder ähnlichem zu begnügen.

Das deutsche Volk, das die Handlungen seiner Regierenden in dieser Krisenzeit mit ansehender Aufmerksamkeit immer nur den Eindruck, daß durch ein System der Ausschüß die Krise veraltet und das Aller schlimmste verhindert wird. Der Wille zur Ueberwindung der Schwierigkeiten aber, der eine wesentliche Voraussetzung für den Neuaufbau ist, kann nur ausgelöst werden, wenn an den verantwortlichen Stellen des Reiches eine stärkere Initiative entfalteter wird. Die Ueberwindung einer solchen Krise ist nicht das Ergebnis

bestimmen
Regt in
die
obenfalls
ginnen.
1931
40%
170
7,15
1,41
8 1/2
— 28
6,85
18 1/2
32,12
118
2 1/2
mer: Bei-
eff. Gew.
t 8,50 bis
25,00
Belgen-
Rt., Heu-
2. Streu-
e — Mt.
s Fund.
1,50 Mt.
e — Rt.
Austw.
gezw.
der letzten
hals sich
gemacht.
en, insbe-
son, insbe-
die
a 2 Mark
en tröflich
ngbestim-
war und
mit den
hat. Im
3 Mark
riemate-
rechtlich
en Beu-
nde. Bei-
und hater
ngemisse
es erbe-
ieder die
bei knop-
falls sehr
auch zu
Belgen
223 bis
son, neue
est), seit;
ischer ab
s, Oktober
0 bis 60
Roggen-
rößen 26
Troden-
2,60. Mi-
in Mark.
rkeit für
unterfal
Mark
12. 8.
Weid
1,163
4,191
2,080
20,97
—
20,445
4,209
0,249
1,808
189,73
5,45
58,81
2,507
78,43
81,60
10,585
22,04
7,458
42,06
112,49
18,53
112,49
18,485
12,467
92,21
81,12
82,04
3,052
98,16
112,54
112,09
59,15